

„Tannendörfer Tageszeitung“

Begründet 1877



Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Abgabe nach Tarif, der jedoch bei den Feuilletons, Gerichts- und Lokalberichten, die Kellernummer 45 Pf. beträgt. Bezugspreis: Monatlich durch Post 1,56 M., durch Agenten 1,40 M.; die Einzelnummer kostet 10 Pf. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung. Postfach-Konto Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: „Tannendörfer“ / Telef. 11.

Nummer 149

Altensteig, Mittwoch den 29. Juni 1932

55. Jahrgang

Urteil im Sklarek-Prozess

Leo und Willy Sklarek je vier Jahre Zuchthaus
Berlin, 28. Juni. Im Sklarek-Prozess wurde am Dienstag das Urteil gefällt. Es wurden verurteilt: Leo und Willy Sklarek wegen Betruges in Tateinheit mit schwerer Urkundenfälschung und aktiver Bestechung zu je 4 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust, 6 Monate der Untersuchungshaft werden anzurechnen. Die beiden Verurteilten wurden sofort in Haft genommen. Der Angeklagte Lehmann wurde zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Weiter wurden verurteilt: Tsch zu 6 Monaten Gefängnis, Schmitt wegen schwerer passiver Bestechung zu 4 Monaten Gefängnis, Hoffmann wegen schwerer passiver Bestechung zu 3 Monaten Gefängnis, Kobi wegen schwerer passiver Bestechung zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis. Ihm wird die Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter auf 5 Jahre ausgesprochen; Sokolowski wegen schwerer passiver Bestechung und Untreue in zwei Fällen zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis, weiter wird die Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter auf 5 Jahre ausgesprochen; Gabel wegen schwerer passiver Bestechung zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und ebenfalls wird die Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter auf 5 Jahre ausgesprochen; Denner wegen schwerer passiver Bestechung zu 6 Monaten Gefängnis und Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter auf 3 Jahre; Schneider wegen einfacher passiver Bestechung zu 4 Monaten Gefängnis und Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter auf 3 Jahre, Ruding wegen schwerer passiver Bestechung zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis.

Die Angeklagten nahmen das Urteil mit Fassungskraft, nur Leo Sklarek weinte.

Urteilsbegründung

Landgerichtsdirektor Kestner begründete das Urteil im Sklarek-Prozess und führte dabei u. a. aus: In wenigen Wochen sind 3 Jahre seit der Aufhebung des Prozeßstoffes veranlassen. Mit den Sklareks allein wurde die Verhandlung in weitest möglicher Zeit beendet worden. Aber es waren unendlich viele Vorarbeiten nachzurufen. Gerade bei diesen Delikten kam es entscheidend darauf an, die Menschen kennen zu lernen. Das trifft besonders auf die Beschuldigten der Stadtbank zu. Der Vorsitzende ging dann auf den Tatbestand ein. Die Sklareks hätten keinen Anspruch auf Kredit gehabt. Sie wollten sich bereichern. Sie gaben wertlose Wechsel in Höhe von 18 Millionen und wertvolle Schecks in Höhe von 180 Millionen. Sie täuschten einen nicht vorhandenen Ansehen vor, der für die Höhe der Kredite maßgebend war. Sie haben falsche Bücher durch ihre Angehörigen Lehmann und Tsch anlesen lassen und geben bei Revisionen falsche Erklärungen ab.

Die Direktoren der Stadtbank sind getäuscht worden. Es kann keine Rede davon sein, daß sie mit Sklarek gemeinsame Sache gemacht haben, sonst hätten die Sklareks keine falschen Angaben ihnen gegenüber zu machen brauchen. Die Angaben der Sklareks, daß sie nichts beiseite geschafft haben, können nicht widerlegt werden. Es ist festzustellen, daß die Sklareks Zuwendungen an die Beamten gemacht haben. Für sie handelte es sich darum, das Wohlwollen der Beamten zu erlangen. Die Sklareks haben nach einem bestimmten, gemeinsam ausgearbeiteten Plan gehandelt. Auch Leo und Willy Sklarek habe geduldet, daß Geschäftsneider zu Bestechungszwecken verwendet wurden. Die Sklareks waren entschlossen, den Beamten fortlaufend Vorteile zu gewähren, um für ihren Willen zu gewinnen.

Was die passive Bestechung der einzelnen Beamten angeht, so hat das Gericht einzelne Grundfälle aufgestellt, aus denen heraus die Beamten zu verurteilen waren. Bei Schmitt und Hoffmann ist angenommen worden, daß sie Zahlung leisten wollten. Aber sie wollten nur zahlen, wenn es ihnen paßte. Ferner ist die soziale Stellung der Angeklagten berücksichtigt worden. Sehr ausführlich behandelte er die Darlehensverträge, die Gabel ausgearbeitet und zum Teil auch unterzeichnet hat, und endlich auch die bestimmungswidrigen Anweisungen, die Denner traf, wobei er auch die Stadtverordneten zugunsten der Sklareks zu beeinflussen suchte. Die Angeklagten Schmidt und Hoffmann sind gleich verantwortlich angesehen worden. Der Vorwurf kann ihnen nicht erspart werden, daß sie schnell und ohne viel zu fragen, Kredite gegeben haben. Schmidt ordnete die Honorierung von Schecks der üblichen Art an, nachdem am Vormittag der Skandal aufgedeckt war. Er war sich bewußt, daß er das Vermögen der Bank gefährde. Die Angeklagten verstanden nichts von Bilanzen, muhten nicht, was in ihren eigenen Banken vor geht und haben sich auf Geschäfte eingelassen, deren Umfang sie gar nicht übersehen konnten.

Bei der Strafzumessung ließ sich das Gericht von dem Bestreben leiten, jedem Angeklagten gerecht zu werden, ohne Rücksicht auf die öffentliche Meinung. Alle Angeklagten sind nicht vorbestraft. Bei den Beamten ist das eine Selbstverständlichkeit, bei Sklarek vielleicht nur ein Zufall. Es waren schwerste Strafen notwendig.

Schluss der Abrüstungskonferenz am 17. Juli?

Paris, 28. Juni. Der Außenpolitiker des „Echo de Paris“ will aus Lausanne berichten können, daß der Präsident der Abrüstungskonferenz, Henderson, die Konferenz am 17. Juli zu schließen wünsche, wenn sich die Delegationen verpflichtet, im November erneut zusammenzutreten.

Weitere Besprechungen in Lausanne

Macdonald greift ein

Lausanne, 28. Juni. Aus den Abendbesprechungen des Reichskanzlers und Herrlots mit Macdonald hat sich ein Beschluß ergeben, die Delegationen im Beisein der englischen zu gemeinsamen Besprechungen zusammenzuführen. Zur Zeit sind im Hotel der englischen Delegation der Reichskanzler mit dem Reichsfinanzminister, Herrlot und der französische Finanzminister im Gespräch mit Macdonald und Chamberlain zusammengetreten, um das Ergebnis der gestrigen Aussprache in einer Erörterung zwischen drei Parteien weiter zu führen. Die Unterhaltung dauerte über 1 1/2 Stunden. Sie wurde um 4 Uhr gleichfalls bei Macdonald fortgesetzt.

Änderung der französischen Haltung?

London, 28. Juni. Der Korrespondent des „Daily Telegraph“ in Lausanne meldet, die französische Regierung solle ziemlich unbefriedigende Nachrichten aus Washington über die Haltung der amerikanischen Regierung in der Kriegsschuldenfrage bekommen haben. Deswegen habe sie ihre seit voriger Woche eingenommene Position wieder aufgegeben. Wahrscheinlich werde die Konferenz sich Anfang nächster Woche vertagen mit der Begründung, daß die deutschen Vorschläge von einem technischen Ausschuss geprüft werden müßten.

Havas über die deutsch-französische Aussprache

Berlin, 28. Juni. Der Havasagentur wird aus Lausanne über die Aussprache zwischen der deutschen und der französischen Delegation u. a. gemeldet, die dritte Zusammenkunft der französischen und der deutschen Delegation habe nicht die Ergebnisse gebracht, die die Erwartungen von Freitag voriger Woche erwarten ließen. Nach dem Ergebe des Reichsfinanzministers Graf Schöner-Krossak, habe Finanzminister Germain-Martin seinerseits die Lage der französischen Wirtschaft zur Kenntnis gebracht und seine Intervention mit den Worten geschlossen: Ihr seid Schuldner und Fordernde. Was bringt Ihr uns?

Die offizielle deutsche These, so wie sie endgültig vorgebracht worden sei, enthalte für Frankreich die Annullierung seines Reparationsanspruches und eine direkte Aufforderung, den größten Teil der Kosten für den europäischen Wiederaufbau zu tragen. Allen denen, mit denen Reichskanzler v. Papen in Lausanne gesprochen habe, habe es erschienen, daß es die Lösung des Reparationsproblems im Rahmen des wirtschaftlichen Wiederaufbaues Europas machen wolle. Zu diesem Zweck habe er nicht verschwiegen, daß er an eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Frankreich denke, nicht nur zwischen den Industrien beider Länder, sondern vermittelt eines formellen Abkommens von Staat zu Staat. Keine einsige dieser Ideen läßt sich in den gestrigen Darlegungen der deutschen Delegation wieder finden. Unter diesen Umständen habe Herrlot nur seine Überraschung über das deutsche Verlangen zum Ausdruck bringen können und sich vorbehalten, am Mittwoch vormittag darzutun, welche schwere Verantwortung Deutschland übernehmen würde, wenn es auf seiner bisherigen Intrigane barren sollte.

meint: Der Reichskanzler mag noch so sehr betonen, daß ihm der Gedanke einer Verständigung Frankreichs und Deutschlands für das Wohl Europas besonders am Herzen liegt, Herrlot sei dennoch gesonnen gewesen, festzustellen, daß die eindeutigen Ergebnisse der Sitzung ein neues Abbrechen der Politik beider Länder voneinander sei. „Journal“ glaubt, daß Reichskanzler v. Papen in Berlin bestimmt worden sei, sich auf nichts einzulassen. „Petit Parisien“ vertritt ebenfalls die Ansicht, daß die Einstellung der deutschen Delegation durch den Aufenthalt des Reichskanzlers in Berlin wesentlich beeinflusst worden sei. Das Blatt wirft England vor, die deutsche These nicht unwesentlich begünstigt zu haben.

Französischer Zweifelsmomente — Deutschland in Uebereinstimmung mit England und Italien

Lausanne, 28. Juni. Von französischer Seite wird über den Eindruck der heutigen deutsch-französischen Verhandlungen mitgeteilt, daß die Stimmung gedrückt und ernst sei. Der Stand der Dinge wird als ein Rückschlag empfunden, auch bei Macdonald, der sich wirklich um eine Hilfeleistung bemühe. Es seien sehr schwierige Verhandlungen, die sich auch auf politische Fragen erstreckt hätten. Der Reichskanzler habe offenbar von Berlin ein imperatives Mandat mitgebracht. Seine Vorschläge seien ungenügend; Frankreich sei „verhandlungsbereit“ und verständig nach Lausanne gekommen. Es sei auch bereit, seine Gebanprüfungen aufzugeben, wolle aber den Rechtstitel behalten, um ihn zu gebenden erscheinender Zeit zu gebrauchen. Es wäre bereit, diesen geldlichen Anspruch auszutauschen gegen ökonomische Vorteile oder eine Vergrößerung der französischen Sicherheit, die das Volk verlange.

Gegenüber diesem französischen Versuch, die Verantwortung für ein etwaiges Scheitern der Konferenz auf Deutschland zu schieben, wird aus Kreisen der deutschen Delegation darauf hingewiesen, daß die deutsche Stellungnahme zur Frage der Streichung der Reparationen durchaus mit den Ansichten der italienischen und englischen Regierung übereinstimmt. Die Reichsregierung hat neben ihrer Erklärung zur Begründung der Forderung auf Streichung der Reparationen einen positiven Plan entwickelt, in dem im Rahmen des großen Wiederaufbaues Deutschland sich bereit erklärt, mitzuwirken und hat die französische Delegation aufgefordert, ihrerseits dazu beizutragen. Eine diesbezügliche Erklärung von französischer Seite ist bisher nicht erfolgt.

Frankreich verlangt von Oesterreich Garantien

Paris, 28. Juni. Der Sonderberichterstatter des „Matin“ in Lausanne bestätigt, daß Ministerpräsident Herrlot die österreichische Bundeskanzler Dollfus nur die grundsätzliche Zustimmung der französischen Regierung zur Beteiligung an der 4. Anleihe überbracht habe. Herrlot habe dargelegt, daß aber noch nichts als abgeschlossen zu gelten habe, weder hinsichtlich des Anleihebetrages, der Anleihebauer, noch hinsichtlich der politischen und finanziellen Garantien, die Oesterreich geben müsse. Der Vorsitzende des Finanzkomitees, der schweizer Bundesrat Kuhn, sei offiziell von dem Beisitz der französischen Regierung in Kenntnis gesetzt worden. Seine Aufgabe sei nunmehr, von Oesterreich die erforderlichen Garantien zu erlangen. Diese Garantien bestanden bekanntlich darin, daß Oesterreich eine formelle Erklärung gegen den Anschlag ausspricht und einer Kontrolle über seine Finanzverwaltung zustimmt.

Neues vom Tage

v. Gopl beim Reichspräsidenten

Berlin, 28. Juni. Der Herr Reichspräsident empfing den Reichsminister des Innern, Frh. v. Gopl, zum Vortrag über die schwebenden innerpolitischen Fragen.

Die NSDAP. fordert neue bayerische Regierung

München, 28. Juni. Die nationalsozialistische Landtagsfraktion hat ein Protestschreiben an den Präsidenten des bayerischen Landtages gerichtet. In diesem Briefe wird zu der Stellungnahme des Landtages gegenüber der Erklärung der geschäftsführenden Staatsregierung betreffend die Aufhebung des Uniform- und Aufzugeordnendes betont, daß eine Willensänderung des bayerischen Landtages nicht vorliege. Wenn die nahezu stärkste Fraktion des Hauses durch scheinpolizeiliche Maßnahmen verhindert werde, an einer Willensänderung teilzunehmen, so könne eine solche überhaupt nicht zustande kommen. Die Erklärung schließt mit der Forderung, unverzüglich eine Neubildung der bayerischen Staatsregierung entsprechend den Forderungen der bayerischen Verfassungsurkunde vorzunehmen.

Die Schweiz sperrt deutsche Kohleneinfuhr

Bern, 28. Juni. Die schweizerische Zollverwaltung hat, wie das „Berner Tagblatt“ meldet die Grenze für die deutsche Kohleneinfuhr gesperrt mit der Begründung, daß die Kontingente im Monat Mai fast überschritten wurden. Die Sperrung betrifft in der Hauptsache die Einfuhr von Koks und steht mit den derzeitigen deutsch-schweizerischen Wirtschaftsverhandlungen nicht im Zusammenhang, die in ein kritisches Stadium getreten sind.

mittel abzugeben. Die Geschäftsleute können die gesammelten Gutscheine bei der Stadtpflege einlösen, wo ihnen der entsprechende Wert erstet wird.

Der Vorsitzende des Viehverversicherungsvereins regt an, anstelle eines schweren weniger tauglichen Farris, einen jungen Farris einzustellen.

Der Vergleich der Fa. Hinkelbeiner u. Klump, in welchem 35 Prozent angeboten werden, wird zugestimmt.

In Uebereinstimmung mit den Schulen bestimmt der Gemeinderat, daß das alle zwei Jahre stattfindende Kinderfest jeweils am letzten Werktag vor dem Feiertag Peter und Paul, oder wenn die Witterung an diesem Tag ungünstig ist, am nächsten auf den genannten Feiertag folgenden Werktag, an welchem die Witterung die Abhaltung des Festes zuläßt, stattfinden soll.

Die Eigentümerin der Platanen und Tassen hier erübt um Ermäßigung der vertraglich festgelegten Entschädigung. Dem Ersuchen kann aber aus allgemeinen Erwägungen nicht entsprochen werden.

Das Brennholz für das kädt. Krankenhaus wurde neuer durch die Dauerinsassen des Krankenhauses, die zu dieser Arbeit fähig sind, gespalten und aufgeräumt.

Der Müllplatz bei der Wasserfußbrücke ist nun nahezu ausgefüllt. Ferner war es erforderlich, mit dem Stadtbauamt an Ort und Stelle zu besprechen, wie die Feldbereinigungsarbeiten mit den Wohlfahrtsverbänden weitergeführt werden sollen.

Die Eigentümerin der Platanen und Tassen hier erübt um Ermäßigung der vertraglich festgelegten Entschädigung. Dem Ersuchen kann aber aus allgemeinen Erwägungen nicht entsprochen werden.

Das Brennholz für das kädt. Krankenhaus wurde neuer durch die Dauerinsassen des Krankenhauses, die zu dieser Arbeit fähig sind, gespalten und aufgeräumt. Dieser wird denselben eine Entschädigung bewilligt.

Der Müllplatz bei der Wasserfußbrücke ist nun nahezu ausgefüllt. Ferner war es erforderlich, mit dem Stadtbauamt an Ort und Stelle zu besprechen, wie die Feldbereinigungsarbeiten mit den Wohlfahrtsverbänden weitergeführt werden sollen.

Die Eigentümerin der Platanen und Tassen hier erübt um Ermäßigung der vertraglich festgelegten Entschädigung. Dem Ersuchen kann aber aus allgemeinen Erwägungen nicht entsprochen werden.

Das Brennholz für das kädt. Krankenhaus wurde neuer durch die Dauerinsassen des Krankenhauses, die zu dieser Arbeit fähig sind, gespalten und aufgeräumt. Dieser wird denselben eine Entschädigung bewilligt.

Der Müllplatz bei der Wasserfußbrücke ist nun nahezu ausgefüllt. Ferner war es erforderlich, mit dem Stadtbauamt an Ort und Stelle zu besprechen, wie die Feldbereinigungsarbeiten mit den Wohlfahrtsverbänden weitergeführt werden sollen.

Die Eigentümerin der Platanen und Tassen hier erübt um Ermäßigung der vertraglich festgelegten Entschädigung. Dem Ersuchen kann aber aus allgemeinen Erwägungen nicht entsprochen werden.

Das Brennholz für das kädt. Krankenhaus wurde neuer durch die Dauerinsassen des Krankenhauses, die zu dieser Arbeit fähig sind, gespalten und aufgeräumt. Dieser wird denselben eine Entschädigung bewilligt.

Der Müllplatz bei der Wasserfußbrücke ist nun nahezu ausgefüllt. Ferner war es erforderlich, mit dem Stadtbauamt an Ort und Stelle zu besprechen, wie die Feldbereinigungsarbeiten mit den Wohlfahrtsverbänden weitergeführt werden sollen.

Die Eigentümerin der Platanen und Tassen hier erübt um Ermäßigung der vertraglich festgelegten Entschädigung. Dem Ersuchen kann aber aus allgemeinen Erwägungen nicht entsprochen werden.

Das Brennholz für das kädt. Krankenhaus wurde neuer durch die Dauerinsassen des Krankenhauses, die zu dieser Arbeit fähig sind, gespalten und aufgeräumt. Dieser wird denselben eine Entschädigung bewilligt.

Der Müllplatz bei der Wasserfußbrücke ist nun nahezu ausgefüllt. Ferner war es erforderlich, mit dem Stadtbauamt an Ort und Stelle zu besprechen, wie die Feldbereinigungsarbeiten mit den Wohlfahrtsverbänden weitergeführt werden sollen.

diese Anmeldung nicht, so wäre keine Verfolgung noch schwieriger als so, ja so gut wie aussichtslos.

Neutlingen, 28. Juni. (Dem Untergang geweiht?) Der Zahn der Zeit hat bewirkt, daß sich an der östlichen Seite des mächtigen Turmes auf der Achalm, dicht unterhalb seiner Zinne, ein großer Mauerwerk gelöst und das morische innere Mauerwerk bloßgelegt hat.

Stuttgart, 28. Juni. (Schuß auf einen Nationalsozialisten.) In der Nacht zum Montag wurde ein Nationalsozialist, der mit Parteigenossen auf dem Schloßplatz Palmwald die dort von einem Schützenfest am Sonntag übriggebliebenen Borräte zu bewachen hatte, aus einem Gebüsch von hinten angegriffen.

Knapp am Tode vorbei. Von einer Arbeitergruppe, die mit dem Reinigen eines vier Meter tiefen Schachtes beschäftigt war, stürzte einer rucklings tief ab und verschwand im Sumpf des Schachtes.

Stratosphärenflug. Der Versuchsballon von Professor Regner ist in Gerstetten bei Heidenheim am Montag nachmittag niedergegangen.

Leonberg, 28. Juni. (Unvorsichtig.) Zwei im Ramtel ein Wohngebäude bewohnende Brüder Jakob und Benjamin Kraus aus Stuttgart, hantierten mit einer 9 Millimeter Zimmerflinte, wobei dem 23jährigen Jakob Kraus ein Schuß losging.

Kemnat OÄ. Stuttgart, 28. Juni. (Eheiragddie.) Am Sonntag hat der wegen ehelichen Zerwürfnissen getrennt lebende und in Pfleningen wohnhafte Gipser Gottlieb Luy in Kemnat eine schwere Bluttat begangen. Er drang in seine frühere Wohnung in Kemnat ein, nachdem ihm seine Frau, in der Annahme, ihr Bruder wolle Einlass, geöffnet hatte.

Gündelbach OÄ. Maulbronn, 27. Juni. (Bürgermeisterwahl.) Unter dem Merkwort „Der Gehalt macht's", so berichtet das Maulbronner Tagblatt, die gestrige Bürgermeisterwahl vor sich.

Baihingen a. G., 28. Juni. (Erstickt.) Der Gelegenheitsarbeiter Emil Reichert war damit beschäftigt, Abortebrüche auf den Garten hinter dem Krankenhaus zu tragen. Dabei erlitt er wieder einen epileptischen Anfall.

Ulm, 28. Juni. (Vom Mast gestürzt.) Hier wurde ein Mann im Hofe der Straßenbahnzentrale in einer Blutlache liegend aufgefunden. Es handelt sich um einen Elektromonteur, der auf einem Betonleitungsmaß beschäftigt und wohl infolge Berührung mit der Starkstromleitung durch den Mast abgestürzt war.

Kandidaten des württ. Bauernbundes Stuttgart, 28. Juni. Am Sonntag fand hier die Landessauswahlung des Württ. Bauernbundes statt.

Stuttgart, 28. Juni. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit fand vor dem Großen Schöffengericht die Hauptverhandlung gegen die Stuttgarter 100-Mark Schein-Fabrikanten statt.

allein die Notwendigkeit, zuverlässige Männer in den Reichstag zu entsenden. Landtagsabgeordneter Dr. Ströbel berichtete noch über die Verhandlungen zur Regierungsbildung in Württemberg, sowie über die Vorkommnisse der letzten Tage im württ. Landtag.

Aus Baden

Bauernaufrubr wegen einer Zwangsversteigerung

Forsheim, 28. Juni. Vor den Toren Forsheims, in Gährichen, hat sich gestern bis in die Nacht hinein ein nicht stillfälliger Aufruhr zugetragen.

Den Nachmittag über fand dann auf dem Rathaus eine Untersuchung statt, die annähernd fünf Stunden dauerte. Gegen Abend kam es aber erneut zu Zusammenrottungen vor dem Rathaus.

Nach 10 Uhr traf das Ueberfallkommando ein und im Handumdrehen entwickelte sich eine Schlacht. Zunächst wurde die Polizei wiederum mit Steinen, Holzstücken und Brettern beworfen.

Heute vormittag traf von Forsheim aus die Staatsanwaltschaft ein mit zwei Bereitschaftswagen, Gendarmen und Schutzpolizei.

Mörsen, 29. Juni. Wiederum hat heute nacht in unserem Ort die Brandglocke ertönt, nachdem sie erst am Silvesterabend und dann noch am 6. Januar ertönen war.

Forsheim, 27. Juni. Auf der Württstraße, die gegenwärtig ausgebebert wird, stürzte gestern nachmittag der 23jährige Kaufmann Otto Beck aus Forsheim mit seinem Kraftrad.

Sausch, 26. Juni. (Folgen schwerer Motorradunfall.) Heute nachmittag wankten zwei junge Hausknecht, der 24 Jahre alte ledige Hermann Moser, Sohn des Eisenbahnbediensteten Moser hier und Hugo Kronenwittler, ebenfalls von hier, mit dem Motorrad des ersteren zu ihrer Arbeitsstätte nach Ulm an der Donau fahren.

Aus dem Gerichtssaal

Die 100-Mark Schein-Fabrikanten vor Gericht

Stuttgart, 28. Juni. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit fand vor dem Großen Schöffengericht die Hauptverhandlung gegen die Stuttgarter 100-Mark Schein-Fabrikanten statt.



